

Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Mag.^a Angela Senzenberger

Präsident der AK Oberösterreich

Leiterin der AK-Bezirksstelle Braunau

**Bilanz 2024 der AK Braunau:
Mehr als 9,6 Millionen Euro für
Mitglieder erkämpft**

Pressekonferenz

Mittwoch, 26. Februar 2025, 9 Uhr

Arbeiterkammer Braunau

Die wirtschaftlichen Turbulenzen der vergangenen Monate ließen in der AK Oberösterreich die Telefone und Datenleitungen heiß laufen. Die Zahl der Insolvenzen nahm stark zu. Bisheriger Höhepunkt der Pleitewelle ist die durch Managementversagen verursachte KTM-Insolvenz, von der rund 3.800 Beschäftigte betroffen sind. Viele AK-Mitglieder waren mit arbeitsrechtlichen Verstößen und vorenthaltenen Pensions- oder Pflegegeldansprüchen konfrontiert und kamen zur Beratung. Im Konsumentenschutz dominierten Anfragen zu Heizkostenabrechnungen, Internetbetrug und angeblichen Besitzstörungen. Insgesamt konnte die AK Oberösterreich für ihre Mitglieder fast 132 Millionen Euro erkämpfen.

In Summe wandten sich im vergangenen Jahr 343.529 Menschen mit ihren Fragen, Anliegen und Problemen an ihre Arbeiterkammer. Insgesamt konnte die AK Oberösterreich 2024 für ihre Mitglieder 131,9 Millionen Euro erkämpfen.

Falsche Pflegegeld-Einstufungen

Zu einem Beratungsschwerpunkt hat sich in den vergangenen Jahren das Thema Pflegegeld entwickelt. Es ist mittlerweile sehr auffällig, dass die Begutachtungen zur Einstufung der Pflegestufe ganz häufig einer Überprüfung nicht standhalten.

Die AK gewinnt nahezu jeden Tag Gerichtsverfahren, in denen eine höhere Einstufung festgestellt wird. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung, wie solche Begutachtungen zustande kommen, die regelmäßig korrigiert werden müssen. Es kann nicht sein, dass laufend falsche Einstufungen erfolgen und die Gerichte angestrengt werden müssen, um angemessene Einstufungen zu erzielen. Auffällige Fehlbegutachtungen müssen auch Sanktionen zur Folge haben.

Heizkosten, Phishing und angebliche Besitzstörungen

In der Konsumentenberatung haben die Anfragen zur Heizkostenabrechnung stark zugenommen. Viele Konsument:innen waren mit hohen Nachforderungen konfrontiert, die zwar korrekt errechnet, aber nicht nachvollziehbar waren. Ebenfalls stark gehäuft haben sich Schadensfälle durch immer raffiniertere Phishing-Methoden sowie Anfragen zu angeblichen Besitzstörungen.

Bildungsberatungen drehen sich häufig um Fragen der Aus- und Weiterbildung, um das Nachholen von Bildungsabschlüssen, berufliche Neuorientierung sowie die Finanzierung und Förderung von Bildungsvorhaben.

AK-Direktleistungen an die Mitglieder

Die AK hat auch selbst Geld in die Hand genommen, um den AK-Mitgliedern direkt und unkompliziert zu helfen:

- Mit dem AK-Klassenfahrtsbonus entlastet die AK Oberösterreich ihre Mitglieder bei den Beiträgen für kostenpflichtige Wandertage, Kennenlertage, Skikurse oder Sprachwochen. Es gibt 75 Euro für eintägige oder 150 Euro für mehrtägige Klassenfahrten, einmalig pro Kind für das laufende Schuljahr. Anträge können noch bis 6. Juli 2025 gestellt werden.
- Lehrlingen gewährt die AK den Mobilitätsbonus in Höhe von einmalig 100 Euro. Um diesen Bonus zu bekommen, müssen die Lehrlinge entweder ein Jugendticket Netz des OÖ Verkehrsverbundes oder ein Klimaticket haben. Mit dem Bonus sollen die jungen Menschen zur häufigeren Öffi-Nutzung motiviert werden.
- Mit dem AK-Bildungsbonus in Höhe von 150 Euro fördert die AK die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitglieder.
- Mit dem Zuschuss zum Fahrsicherheitstraining für Mitglieder unter 26 Jahren in Höhe von 100 Euro fördert die AK Oberösterreich die Mobilität junger Menschen.

AK Braunau half im vergangenen Jahr fast 5.800 Mal

Aktuell sind im Bezirk Braunau 38.937 AK-Mitglieder mit Hauptwohnsitz gemeldet. Viele von ihnen nutzen die Leistungen der Arbeiterkammer. Ob rasche Hilfe bei arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten oder bei Fragen rund um Weiterbildung: Das Beratungsangebot in der AK Braunau findet großen Anklang bei den Mitgliedern. Das zeigt auch die Statistik. Im Jahr 2024 wandten sich Rat- und Hilfesuchende 5.792 Mal an die AK Braunau: in 3.571 Fällen telefonisch, in 1.822 Fällen persönlich (inklusive 78 Bildungsberatungen) und in 399 Fällen schriftlich.

Mehr als 9,6 Millionen Euro für Mitglieder im Bezirk Braunau erkämpft

Bei vielen Arbeitsrechtsproblemen reicht eine Beratung nicht aus. Die AK muss dann bei den Arbeitgebern intervenieren. Außergerichtlich hat die AK Braunau 639.558 Euro an vorenthaltenem Entgelt hereingebracht. Manche Arbeitgeber lassen es aber auf einen Streit vor Gericht ankommen. 69 Mal musste die AK Braunau im vergangenen Jahr ihre Mitglieder vor Gericht vertreten und erkämpfte dort 292.437 Euro. Insgesamt sind das 931.995 Euro.

Von den insgesamt 186 Arbeitsrechtsfällen stammen 77 Prozent aus Betrieben ohne Betriebsrat. Daran erkennt man, wie wichtig eine betriebliche Interessenvertretung für die korrekte Bezahlung der Arbeitnehmer:innen und die Einhaltung des geltenden Arbeitsrechts ist.

Hauptsächliche Gründe waren vorenthaltenes Entgelt (79), Kündigungen oder Entlassungen (37) sowie Differenzen bei der Endabrechnung von beendeten Arbeitsverhältnissen (35).

Zusätzlich wurden 2024 für 3.703 Arbeitnehmer:innen aus 22 insolventen Betrieben im Bezirk 2.454.470 Euro durchgesetzt. Bei der Anzahl der betroffenen Beschäftigten und Betriebe ist die KTM-Pleite schon eingerechnet, beim Erfolgsbetrag noch nicht, weil die Beschäftigten erst im Jänner 2025 ihr Geld erhalten haben.

In 214 Sozialrechtsangelegenheiten erstritt die AK Braunau im vergangenen Jahr 6.276.486 Euro. Dabei ging es überwiegend um die Themen Pension und Pflegegeld.

Top-Service in Wohnortnähe

In Summe hat die AK Braunau im Vorjahr an arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen sowie an Forderungen nach Insolvenzen für ihre Mitglieder Zahlungen von insgesamt 9.662.951 Euro erreicht. Das zeigt, wie wichtig eine regionale Anlaufstelle ist. Damit alle Mitglieder möglichst einfach zu ihrem Recht kommen, setzt die AK ganz bewusst bei ihren Serviceleistungen auf Wohnortnähe. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich Rat und Hilfe direkt in ihrer Region zu holen.

AK kämpft um jeden Euro

In ihrem Engagement für ihre Mitglieder macht die AK keinen Unterschied, ob es sich um große oder kleine Beträge handelt. So erkämpfte die AK Braunau für eine Beschäftigte einen Betrag von 136 Euro für offene Urlaubsansprüche. Den höchsten Betrag, nämlich 142.439 Euro, erhielt eine leitende Angestellte, die Abfertigung, Bilanzgeld, Urlaubersatzleistung und die Entgeltfortzahlung für einen Krankenstand nachgezahlt bekam.

Ein Fall aus dem Arbeitsrecht: Kündigung im Krankenstand

Etwas mehr als zwei Monate war ein Maler bei einem Betrieb im Bezirk Braunau beschäftigt. Während eines Krankenstandes wurde er gekündigt. Da das Mitglied keine Lohnabrechnungen erhalten hatte, intervenierte die AK beim Unternehmen und forderte neben der Entgeltfortzahlung auch die Lohnabrechnungen ein, um weitere offene Ansprüche berechnen zu können. Daraufhin hat der Arbeitgeber die Lohnzettel übermittelt und die Entgeltfortzahlung beglichen. Bei

der Prüfung der Lohnabrechnungen stellte die AK fest, dass Taggelder sowie Mehr- und Überstunden unbezahlt geblieben waren. Diese wurden auch trotz nochmaliger Intervention nicht bezahlt. Daher reichte die AK Klage beim Arbeits- und Sozialgericht ein. Erst jetzt lenkte der frühere Arbeitgeber ein und überwies ihm den Restbetrag. In Summe bekam der Maler rund 8.200 Euro nachbezahlt.

Ein Fall aus dem Sozialrecht: Schwerarbeitspension für einen Bautischler

Ein Arbeitnehmer aus dem Bezirk Braunau war fast 40 Jahre als Bautischler beschäftigt. Seine schwere Arbeit bestand darin, Stiegen und Treppen herzustellen und in Häusern aufzubauen. Anfang letzten Jahres stellte er bei der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) einen Antrag auf Feststellung der Schwerarbeitszeiten. Für die Jahre von 2005 bis 2020 wurde von der PVA kein einziger Schwerarbeitsmonat anerkannt, obwohl der Beruf Bautischler auf der Liste jener Berufe steht, bei denen von einem Kalorienverbrauch von mehr als 2.000 kcal bei einer achtstündigen Arbeitszeit ausgegangen wird und somit Schwerarbeit vorliegt.

Die AK Braunau klagte gegen die Ablehnung der Schwerarbeitszeiten und bekam Recht: Die PVA anerkannte weitere 178 Schwerarbeitsmonate und das AK-Mitglied kann mit 60 Jahren in Schwerarbeitspension gehen.

AK Braunau - Serviceangebot

Öffnungszeiten

Montag bis Donnerstag: 7:30 bis 16 Uhr

Freitag: 7:30 bis 13:30 Uhr

Persönliche Beratung: während der Öffnungszeiten, Terminvereinbarungen unter Tel. 050/6906-4111

Telefonische Beratung: während der Öffnungszeiten unter Tel. 050/6906-1 – aus ganz Oberösterreich

Bildungsberatung: jeden zweiten Freitag ab 14:30 Uhr, Terminvereinbarung unter Tel. 050/6906-4111

Kontakt

Salzburgerstraße 29, 5280 Braunau

Tel: 050/6906-4111

E-Mail: braunau@akooe.at

Homepage: ooe.arbeiterkammer.at/braunau